


Wirtschaft im Stop-and-go-Modus

IW-Konjunkturprognose. Kriege, Krisen, Konjunkturflauten: Die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen sowohl inner- als auch außerhalb der Bundesrepublik sorgen dafür, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr nur um knapp 1 ½ Prozent wächst. Auch 2015 wird das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur um gut 1 ½ Prozent zulegen. 

Die Ukraine-Krise, Kriege im Nahen und Mittleren Osten, Uneinigkeit und Abspaltungstendenzen in Europa – das wirtschaftliche Umfeld

war schon mal besser. Und auch in Deutschland selbst fehlt es an klaren und investitionsfreundlichen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen.

Es mangelt an umfangreichen öffentlichen Investitionen – etwa im Straßenbau –, und auch die neuen Arbeitsmarktgesetze der Großen Koalition – Stichwort Mindestlohn – belasten den Wirtschaftsstandort.

All diese Unsicherheiten führen dazu, dass Investitionen in Deutschland derzeit eher Mangelware sind. Dass die deutsche Wirtschaft dennoch moderat wächst, ist zu einem guten Teil der Konsumfreude der Bürger zu verdanken: Bei extrem niedrigen Zinsen und relativ sicheren Jobs geben die Deutschen ihr Geld lieber aus, als es auf die Seite zu legen (Grafik).

Die wichtigsten Indikatoren der IW-Konjunkturprognose im Detail:

- Der deutsche **Außenhandel** dürfte sich angesichts der nur langsam anziehenden Weltwirtschaft und der ebenfalls nur zögerlichen Erholung in Europa moderat entwickeln (Tabelle Seite 2):

Die realen Exporte von Waren und Dienstleistungen werden im Jahr 2014 um 3 ½ Prozent zulegen, 2015 ist ein Plus von 5 Prozent drin. →

Wie viel die Deutschen zur Seite legen

- So viele Milliarden Euro haben die privaten Haushalte in Deutschland gespart
- in Prozent des verfügbaren Einkommens (Sparquote)



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Meelen · iwd 40 · Foto: comlight - Fotolia.com

Inhalt

Hochschule. An den privaten Hochschulen waren zuletzt mehr als 35.000 Studenten eingeschrieben – sechsmal mehr als im Jahr 2000.
Seite 3

Aufbau Ost. In Ostdeutschland leben in etwa so viele Menschen wie in Nordrhein-Westfalen, wirtschaftlich unterscheiden sich die beiden Regionen allerdings.
Seite 4-5

Preisentwicklung. Seit Monaten fallen die Verbraucherpreise in Europa, doch noch ist keine Deflation zu befürchten.
Seite 6

Bulgarien. Am 5. Oktober wählen die Bulgaren ein neues Parlament. Obwohl die Wirtschaft seit vielen Jahren wächst, ist Bulgarien das ärmste Land der EU.
Seite 7

Kultur. In Weimar gibt es das beste kulturelle Angebot Deutschlands – finden zumindest die Führungskräfte.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Die Kauflust der Bundesbürger sowie steigende Lohnstückkosten, die wiederum für steigende Importe von Vorleistungsgütern aus dem Ausland sorgen, führen zu einer höheren Einfuhrdynamik. Die realen Importe werden 2014 um 4½ Prozent und 2015 um 5¾ Prozent steigen. In diesem Jahr wird der Außenbeitrag das BIP-Wachstum leicht bremsen, im kommenden Jahr heben sich die Beiträge aus Ex- und Importen gegenseitig auf.

- Nachdem sich die **Ausrüstungsinvestitionen** in Deutschland zwischen dem ersten Quartal 2013 und dem ersten Quartal 2014 erholt hatten, stocken sie seitdem. Eine anhaltende Schwäche ist vor allem bei der Anschaffung neuer Maschinen und Geräte zu beobachten. Trotz der günstigen

Finanzierungsbedingungen halten sich die Unternehmen mit Investitionsplänen eher zurück, Grund sind die seit Jahresbeginn eingetrübten Geschäftserwartungen.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden dieses Jahr – bedingt durch den hohen Überhang aus 2013 – noch um gut 3¾ Prozent zulegen, im nächsten Jahr wird die Steigerung mit knapp 3 Prozent moderater ausfallen.

Auftrieb gibt es bei den **Bauinvestitionen**. Im vergangenen Jahr gaben sie real noch leicht nach (- 0,1 Prozent), 2014 werden sie um 3¾ Prozent zulegen, im nächsten Jahr immerhin noch um 2¾ Prozent. Treiber sind vor allem der Wohnungs- und der öffentliche Bau. Vom Gewerbebau sind aufgrund der stockenden unternehmerischen Investi-

tionen nicht ganz so starke Impulse zu erwarten.

- Der **Arbeitsmarkt** zeigt sich nach wie vor in guter Verfassung. Im Jahr 2013 gab es in Deutschland annähernd 42,3 Millionen Erwerbstätige, das waren fast 3 Millionen mehr als im Jahr 2005.

Im Jahr 2014 wird es mehr als 300.000 neue Beschäftigte geben, das entspricht einer Zunahme von ¾ Prozent. Dieser Trend wird sich 2015 mit weiteren 270.000 zusätzlichen Erwerbstätigen fortsetzen.

Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen werden von dieser Beschäftigungsentwicklung allerdings kaum profitieren. Zwar dürfte die Arbeitslosenquote 2015 geringfügig sinken – von aktuell 6¾ Prozent auf 6½ Prozent –, gleichwohl werden im Jahresdurchschnitt fast 2,9 Millionen Menschen keine Arbeitsstelle finden.

- Der **private Konsum** bleibt die zentrale Stütze der deutschen Wirtschaft. Die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, eine niedrige Inflationsrate sowie die niedrige Sparquote treiben die Konsumausgaben in Deutschland nach oben. Sowohl 2014 als auch 2015 werden die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte um jeweils 1 Prozent zulegen. Die Verbraucher werden damit in beiden Jahren einen Anteil von rund ½ Prozentpunkt zum BIP-Wachstum beitragen.

IW-Prognose für 2014 und 2015

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2013	2014	2015
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,6	3/4	3/4
Arbeitslosenquote	6,9	6¾	6½
Arbeitsvolumen	-0,3	¾	1
Produktivität	0,4	¾	½
Bruttoinlandsprodukt	0,1	1½	1½
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	0,8	1	1
Konsumausgaben des Staates	0,7	1	1
Anlageinvestitionen	-0,7	3½	2½
– Ausrüstungen	-2,7	3¾	3
– Sonstige Anlagen	1,3	2	2
– Bauten	-0,1	3¾	2¾
Inlandsnachfrage	0,7	1¾	1¾
Export	1,6	3½	5
Import	3,1	4½	5¾
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,5	1¼	1½
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	0,3	½	½

Stand: September 2014; Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln



aus IW-Trends 3/2014

IW-Forschungsgruppe
 Konjunktur: Die deutsche Wirtschaft im Stop-and-go-Modus – IW-Konjunkturprognose Herbst 2014

iwkoeln.de/konjunkturprognose
konjunktur-in-deutschland.de

Die Privilegien der Privaten

Hochschule. Private Hochschulen erfreuen sich in Deutschland wachsender Beliebtheit: Innerhalb von nur einem Jahr hat sich die Zahl der Studienanfänger um 10 Prozent erhöht, während sie an den staatlichen Hochschulen um fast 6 Prozent zurückgegangen ist. Punkten können die privaten Institutionen vor allem mit ihrer hohen Ausbildungsquote.

Der Run auf die Hochschulen ist wahrlich kein neues Thema, weitgehend unbekannt dürfte aber die Anziehungskraft sein, die die privaten Hochschulen auf die Studienanfänger seit einiger Zeit ausüben: Zwar zählten die staatlichen Unis im Studienjahr 2012 gut 450.000 Erstsemester, die privaten jedoch erst 35.000. Beim Zuwachs in den Jahren 2000 bis 2012 dagegen kommen die staatlichen nur auf knapp 50 Prozent, während sich die Zahl der Erstsemester an den privaten FHs und Unis mehr als versechsfacht hat. Zudem stockten die staatlichen Hochschulen die Zahl ihrer Professoren und Dozenten im gleichen Zeitraum lediglich um gut ein Drittel auf rund 202.000 auf, die privaten Hochschulen legten dagegen um gut 700 Prozent auf fast 6.200 zu.

Trotz dieser Dynamik fällt die Betreuungsrelation an den privaten Fachhochschulen ungünstiger aus als an den staatlichen. Dass bei diesem Vergleich die Universitäten ausgeklammert werden, liegt daran, dass der Personalbestand an den Unis aufgrund der intensiven Forschung deutlich höher ist als an den Fachhochschulen und die FHs mit 85 Prozent ohnehin das Gros der

Staatliche versus private Fachhochschulen

So viele Studenten bzw. Erstabsolventen gab es im Studienjahr 2012 pro wissenschaftlichen Hochschulmitarbeiter an Fachhochschulen in **privater** bzw. **staatlicher** Trägerschaft

	Studenten		Absolventen	
	privat	staatlich	privat	staatlich
Mathematik, Naturwissenschaften	57,7	29,1	6,7	3,1
Gesundheitswissenschaften	47,0	49,9	3,9	5,7
Sprach- und Kulturwissenschaften	46,6	19,3	2,3	2,7
Ingenieurwissenschaften	44,9	26,7	4,4	3,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	36,2	25,7	4,7	4,0
Kunst, Kunstwissenschaften	24,0	19,4	5,0	3,6
Insgesamt	38,5	24,8	4,5	3,4

Insgesamt: inklusive Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, die nur an öffentlichen Fachhochschulen angeboten werden, und dem Studiengang Sport, der nur an privaten Fachhochschulen angeboten wird
Quelle: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 40

Privathochschulstudenten aufnehmen. Das Verhältnis von Lehrenden zu Lernenden (Grafik):

An den staatlichen Fachhochschulen wurden im Jahr 2012 im Schnitt knapp 25 Studenten von einem Dozenten betreut, an den privaten Fachhochschulen mussten sich knapp 39 Studenten eine Lehrkraft teilen.

Besonders groß ist der Betreuungsunterschied in der Mathematik und den Naturwissenschaften. Lediglich in den Gesundheitswissenschaften schneiden die privaten Fachhochschulen günstiger ab als die staatlichen.

Gleichwohl hat die dünnere Personaldecke keinen negativen Einfluss auf die Ausbildungsleistung der privaten Institute, im Gegenteil: Auf jeden wissenschaftlichen oder künstlerischen Hochschulmitarbeiter kommen jährlich 4,5 Absolventen, an den staatlichen Fachhochschulen sind es nur 3,4. In Mathematik, den Naturwissenschaften und der Informatik können die privaten FHs so-

gar eine doppelt so hohe Ausbildungsquote vorweisen wie ihre staatlichen Pendanten.

Woran genau das liegt, ist bislang unerforscht. Ein Grund könnte der engere Kontakt zwischen Studenten und Lehrpersonal sein. Der Wissenschaftsrat vermutet, dass die privaten Hochschulen insgesamt – also FHs und Unis – aufgrund ihrer geringeren Größe den Vorteil haben, einen besseren Austausch zu ermöglichen als die staatlichen „Massenhochschulen“.

Auch die Serviceorientierung gegenüber den Studenten dürfte an den nicht staatlichen Hochschulen höher sein als an den staatlichen, da die Privathochschüler mit zuletzt 554 Millionen Euro Gebühren immerhin 36 Prozent der Gesamtausgaben ihrer Lehranstalten finanzierten. Zum Vergleich: An den staatlichen Hochschulen tragen die Studenten nur etwa 1,3 Prozent zum Gesamthaushalt der Unis und FHs bei – 2012 waren das rund 569 Millionen Euro.

Abbau West – Aufbau

25 Jahre nach dem Mauerfall stellen westdeutsche Politiker die besondere Förderung des Ostens infrage. Dort gäbe es zwar durchaus noch Strukturprobleme, das gelte aber für das Ruhrgebiet oder die Nordseeküste ebenfalls, heißt es. Deshalb müsse die Verteilung von Fördermitteln künftig ohne Blick auf die Himmelsrichtung erfolgen. Insofern bietet es sich 25 Jahre nach dem Ende der DDR an, den Osten einmal mit dem bevölkerungsreichsten westdeutschen Bundesland NRW zu vergleichen.

Ostdeutschland bildet mit Berlin einen Wirtschaftsraum von 15,9 Millionen Einwohnern, in Nordrhein-Westfalen leben nur wenig mehr Menschen, nämlich 17,5 Millionen. Während an Rhein und Ruhr heute sogar wieder etwas mehr Bürger wohnen als vor einem Viertel Jahrhundert, ist die Bevölkerung im Osten geschrumpft – wohingegen die Infrastruktur ausgebaut wurde.

Allerdings wandern heute nicht mehr jährlich 40.000 bis 50.000 Menschen von Ost nach West wie kurz nach der Wende – die Wanderungsströme sind mittlerweile ziemlich ausgeglichen. Das leichte Wanderungsplus des Ostens geht vor allem auf das Konto Berlins, das junge Leute wie ein Magnet anzieht.

Dass NRW als Ganzes trotz anderslautender Meldungen aus dem Ruhrgebiet nach wie vor kein Armenhaus ist, macht ein Vergleich der Wirtschaftsleistung je Einwohner deutlich. Demnach erreichen die ostdeutschen Länder nur drei Viertel der Wirtschaftskraft von Nordrhein-Westfalen. Allerdings wächst der Westen seit Jahren wesentlich langsamer als der Osten.

Mit 134 Milliarden Euro ist NRW etwas stärker verschuldet als alle sechs Ostländer zusammen, wobei allein Berlin für die Hälfte der Schulden verantwortlich zeichnet.

Auch auf den zweiten Blick sieht es so aus, als ob der Osten solider wirtschaftet als der Westen. Denn während die Neuländer für 2013 einen Haushaltsüberschuss von zusammen 3,5 Milliarden Euro ausweisen, steht Nordrhein-Westfalen mit 2,2 Milliarden Euro in der Kreide. Allerdings erhalten die sechs Ostländer jährlich 16 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich und den Ergänzungszuweisungen des Bundes.

Wanderungen

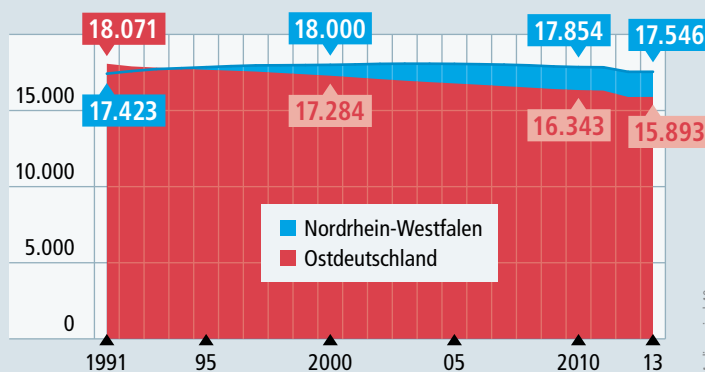
von NRW nach Ostdeutschland

von Ostdeutschland nach NRW

Jahr	von NRW nach Ostdeutschland	von Ostdeutschland nach NRW
1991	19.514	49.340
1992	24.242	39.473
1993	24.797	33.407
1994	26.024	28.891
1995	25.884	29.339
1996	23.966	29.306
1997	23.289	29.019
1998	23.623	30.407
1999	27.720	32.353
2000	25.086	34.053
2001	23.997	37.218
2002	23.425	35.162
2003	23.584	32.860
2004	22.671	31.781
2005	22.588	30.132
2006	23.548	28.656
2007	24.842	28.904
2008	25.952	28.896
2009	26.914	26.643
2010	26.221	24.884
2011	27.053	25.856
2012	26.833	24.134

Bevölkerung

Einwohner in 1.000



Stand jeweils 30. Juni
2012, 2013: nach Korrektur aufgrund der Volkszählung 2011
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Ost?



Finanzen

	Nordrhein-Westfalen	Ostdeutschland
Haushaltssaldo 2013 in Millionen Euro	-2.244	3.524
Schuldenstand Ende 2013 in Millionen Euro	133.931	127.422
Schuldenstand Ende 2013 in Euro je Einwohner	7.508	7.823
Steuereinnahmen 2012 in Millionen Euro	65.249	52.710
Steuereinnahmen 2012 in Euro je Einwohner	3.658	3.236
Landes- und Gemeindeausgaben 2013 in Millionen Euro	101.433	92.936
Landes- und Gemeindeausgaben 2013 in Euro je Einwohner	5.686	5.706
Investitionsanteil 2013 in Prozent der Ausgaben	4,3	6,6

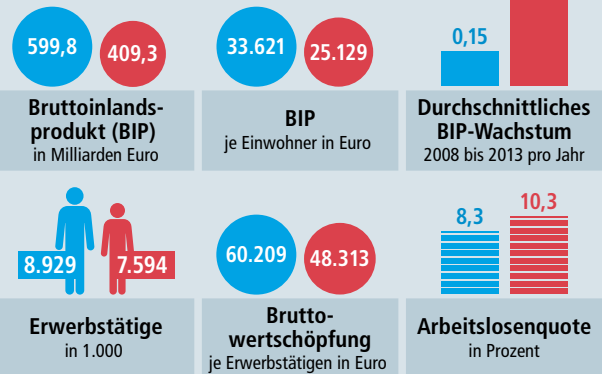
Haushaltssaldo und Schuldenstand: ohne Gemeinden; Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden vor Länderfinanzausgleich, Konsolidierungshilfe und Bundesergänzungszuweisung, nach Gewerbesteuerumlage
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 40

Wirtschaftsstruktur

im Jahr 2013 ■ Nordrhein-Westfalen ■ Ostdeutschland



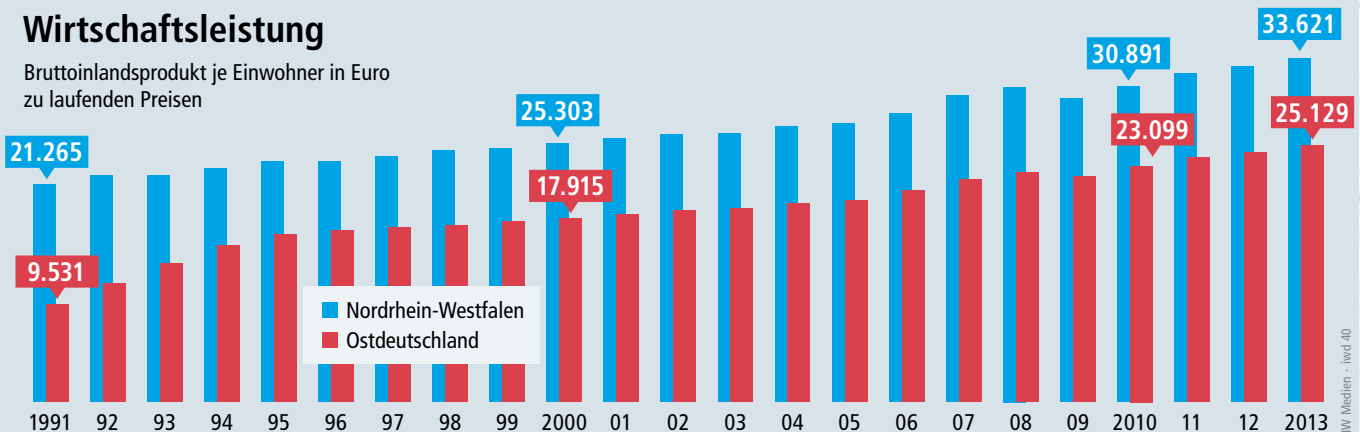
Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistik Nord, Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 40

Wirtschaftsleistung

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro zu laufenden Preisen



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 40

Im Kern gesund

Preisentwicklung. Mit ihrer jüngsten Leitzinssenkung will die Europäische Zentralbank vor allem dem Schreckgespenst Deflation begegnen. Zwar gibt es tatsächlich beachtliche Preissenkungen – doch von einem allgemeinen Preisverfall ist Europa weit entfernt.

Anfang September hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins von 0,15 auf 0,05 Prozent gesenkt – es war das fünfte Rekordtief innerhalb von nur zwei Jahren. Dahinter steckt die Sorge um Deflation: Weil die Verbraucherpreise seit Monaten fallen, könnten Bürger und Unternehmen weiter fallende Preise erwarten und ihren Konsum aufschieben. Das – so die Theorie – kann eine Abwärtsspirale in Gang setzen und die Konjunktur langfristig bremsen.

Tatsächlich beobachten die Statistiker zwar seit geraumer Zeit sinken-

de Preise in Europa – allerdings muss man schon genau hinschauen, wo (Grafik):

- **Die Verbraucherpreise** – das bekannteste Inflationsmaß – sind bereits seit November 2013 rückläufig. Die Teuerung betrug im August dieses Jahres nur noch 0,3 Prozent.
- **Die Preise für Lebensmittel, Alkohol und Tabak** – sie sind Bestandteil der allgemeinen Verbraucherpreise – haben im Juni 2014 sogar die Nulllinie durchbrochen und stehen seitdem im Minus.
- **Die Energiepreise** sind von allen Gütergruppen der allgemeinen Teuerungsrate am stärksten gefallen und liegen seit Oktober 2013 jeden Monat durchschnittlich 1 Prozent unter Vorjahresniveau.

Nimmt man allein diese drei Inflationsraten in den Blick, muss sich die EZB in der Tat um die Preisstabilität sorgen, denn die besteht

konventionsgemäß dann, wenn die Teuerung unter, aber nahe 2 Prozent liegt – und alle drei Indizes liegen derzeit deutlich niedriger.

Dafür gibt es allerdings handfeste Gründe. Die stark fallenden – und schwankenden – Energiepreise sind das Ergebnis einer weltweit ausgeteilterten Energieproduktion bei gleichzeitig reduzierter Nachfrage, sodass hohe Überkapazitäten die Preise drücken.

Auch die Lebensmittelpreise unterliegen großen Schwankungen. Die guten Wetterbedingungen ließen die Preise in diesem Jahr besonders stark sinken. Auch der selbst auferlegte russische Importstopp von Lebensmitteln dürfte zu fallenden Preisen beigetragen haben.

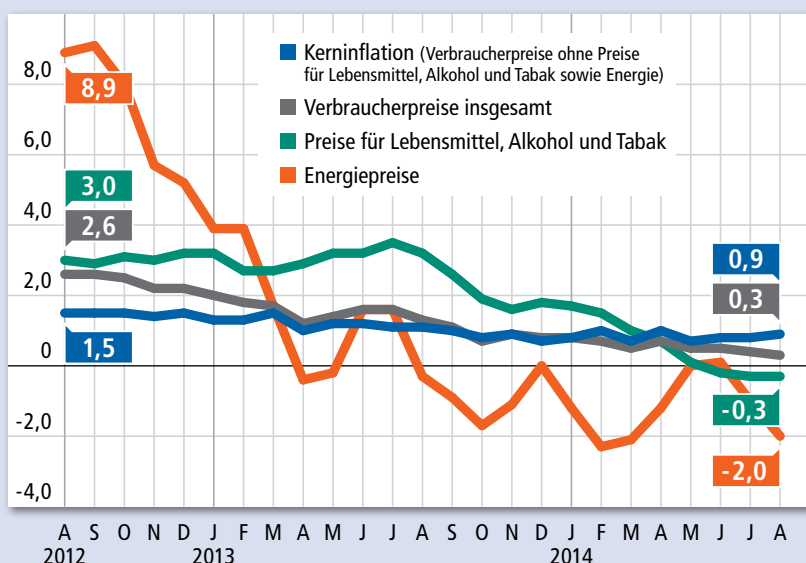
Rechnet man diese Volatilitäten aus der allgemeinen Inflationsrate heraus, bleibt die sogenannte Kerninflation:

Die Kerninflation betrug im August dieses Jahres 0,9 Prozent und war damit immerhin dreimal so hoch wie die allgemeine Inflationsrate in der Eurozone.

An dieser Elle gemessen sind die Deflationssorgen also unbegründet. Gegen einen langfristigen und großflächigen Preisverfall sprechen auch die langfristigen Inflationserwartungen: Sie sind nach einem zwischenzeitlichen Absacken wieder auf 1,9 Prozent gestiegen und somit dem Inflationsziel der europäischen Währungshüter von knapp 2 Prozent sehr nah. Solange die Inflationserwartungen fest verankert bei 2 Prozent liegen, ist es unwahrscheinlich, dass die Marktteilnehmer Konsumverzicht üben.

Die Preisentwicklungen in der Eurozone

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iw-d 40

Die geschrumpfte Nation

Bulgarien. Am 5. Oktober wählen die Bulgaren ein neues Parlament – nur anderthalb Jahre nach dem letzten Urnengang. Die künftige Regierung muss ein Land führen, das zwar wirtschaftlich langsam vorankommt, aber nach wie vor das Wohlstands-Schlusslicht der EU ist.

Gegen die im August zurückgetretene Minderheitsregierung von Premier Plamen Orescharki hatte es in Sofia heftige Proteste gegeben – unter anderem, weil die Regierung einen umstrittenen Medien-Oligarchen zum obersten Geheimdienstchef ernannte.

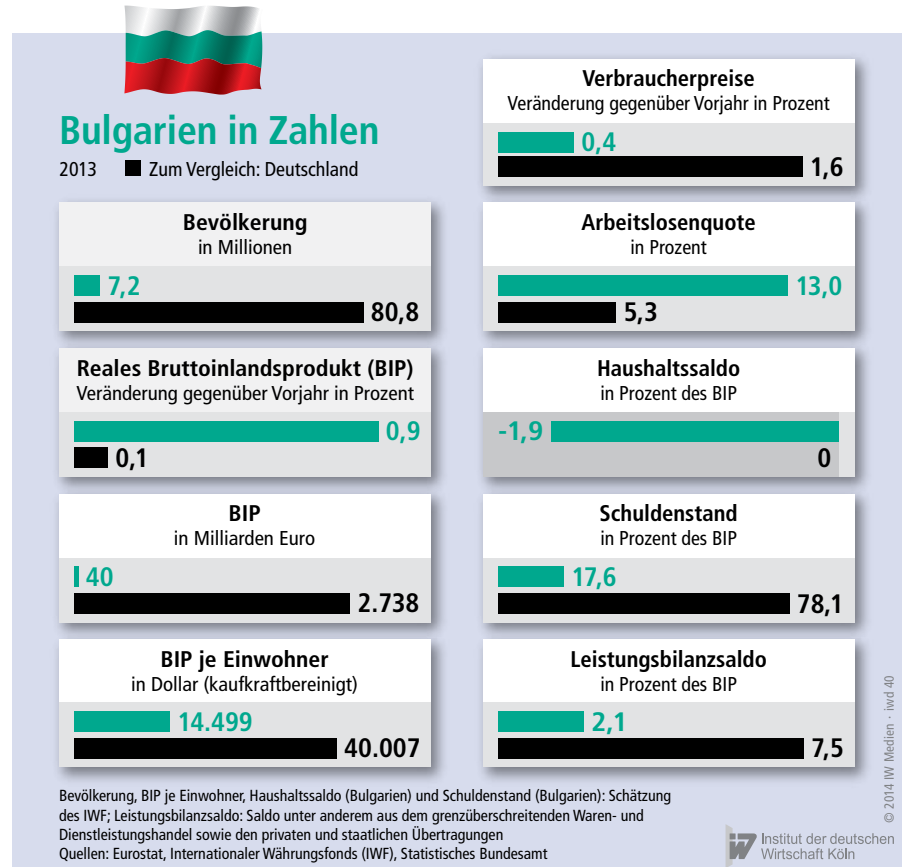
Verglichen mit den politischen Querelen ist die wirtschaftliche Lage Bulgariens auf den ersten Blick gar nicht so schlecht. Abgesehen von einem Einbruch im globalen Krisenjahr 2009 ist das bulgarische Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit Ende der 1990er Jahre stetig und oft um mehr als 5 Prozent gewachsen. Auch 2013 ging es aufwärts (Grafik):

Das preisbereinigte BIP legte im vergangenen Jahr immerhin um knapp 1 Prozent zu.

Positiv ist auch, dass Bulgarien nach einem vorübergehenden Exportdefizit von mehr als 25 Prozent des BIP inzwischen wieder einen Außenhandelsüberschuss erwirtschaftet. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass die Arbeitslosenquote von zuletzt 13 Prozent auf aktuell 11,5 Prozent gesunken ist.

Als Produktionsstandort kann das Land nicht zuletzt mit niedrigen Kosten punkten:

Die gesamtwirtschaftlichen Arbeitskosten je Stunde lagen in Bulgarien



rien 2013 bei rund 3,70 Euro – im Durchschnitt der EU-Länder waren sie mehr als sechs Mal so hoch.

Zudem ist die Steuerbelastung für die Unternehmen niedrig – der Körperschaftsteuersatz beträgt pauschal 10 Prozent. Dass Bulgarien Zugang zum europäischen Binnenmarkt bietet, macht den Standort für internationale Investoren zusätzlich attraktiv. Viele Automobilzulieferer aus dem asiatischen Raum beispielsweise produzieren bereits in Bulgarien für ihre Kunden in der EU.

Dank des wirtschaftlichen Aufwärtstrends hat sich das kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Einkommen seit dem Jahr 2000 auf 14.500 Dollar verdoppelt. Doch von echtem Wohlstand ist Bulgarien weit entfernt – nach wie vor hat das Land das EU-weit niedrigste BIP je Einwohner.

Ein großes Problem ist die Infrastruktur – die Verkehrsnetze und das Gesundheitssystem sind mangelhaft. Zudem grassiert die Korruption – auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International liegt Bulgarien lediglich auf Platz 77 von 177 Ländern.

Die schlechte Lebensqualität veranlasst vor allem junge und gut ausgebildete Bulgaren, ihrer Heimat den Rücken zu kehren:

Seit 1990 ist die Bevölkerung um 17 Prozent geschrumpft – laut Weltbank war der Rückgang in keinem anderen Land so dramatisch.

Da verwundert es nicht, dass die Freizügigkeit, die bulgarische Arbeitnehmer innerhalb der EU seit diesem Jahr genießen, sich bislang kaum ausgewirkt hat: Wer gehen konnte, hat dies schon lange getan.

Standortfaktor Schiller

Kultur. Um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, müssen Unternehmen nicht nur gute Konditionen wie ein ordentliches Gehalt bieten. Hilfreich ist es auch, wenn der Firmenstandort mit einem attraktiven kulturellen Angebot aufwartet. Eine Umfrage zeigt, welche Städte hier punkten können.

Ob ihnen das Kulturprogramm an ihrem Unternehmensstandort zusagt, wollte die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult von 5.500 hohen Führungskräften aus den 110 kreisfreien deutschen Städten wissen. In einer ostdeutschen Stadt waren sich alle einig (Grafik):

Mit dem kulturellen Angebot im thüringischen Weimar zeigten sich 100 Prozent der dort befragten Unternehmen zufrieden.

Mit jeweils 98 Prozent Zustimmung teilen sich München, Hamburg, Dresden und Erfurt Platz zwei.

Auffällig ist, dass die zehn am besten bewerteten Städte sehr unter-

schiedlich sind – das Spektrum reicht vom beschaulichen Baden-Baden (Platz zehn) bis zur Weltstadt Hamburg. Offenbar bestimmen ganz verschiedene Aspekte die kulturelle Attraktivität. Drei Beispiele:

- **Große Geschichte.** Weimar wird vor allem von den Persönlichkeiten geprägt, die hier gelebt und gearbeitet haben. Kulturfreunde begeistern sich zum Beispiel für das Goethe- und Schiller-Denkmal vor dem Deutschen Nationaltheater, an dem Liszt, Wagner und Richard Strauss wirkten. Außerdem können sie die Herzogin Anna Amalia Bibliothek oder die vom Bauhaus geprägte Kunstgewerbeschule bestaunen.

- **Breite Palette.** Es liegt nahe, dass die kulturelle Vielfalt in den Metropolen am größten ist. München beispielsweise bietet seinen Bewohnern und Gästen unter anderem mehr als 50 Bühnen, darunter auch viele private Theater – mit Aufführungen von klassischer Oper bis hin zu avantgardistischen Stücken.

- **Kreative Konzepte.** Das sechstplatzierte Oldenburg stemmt mit lediglich 160.000 Einwohnern ein erstaunliches Angebot. Zum Staatstheater, zu den vielen Museen und historischen Bauwerken kommen Veranstaltungen wie das Musikfestival „Oldenburger Promenade“ oder der Oldenburger Kultursommer hin-

Das Kultur-Ranking der Unternehmen

So viel Prozent der befragten obersten Führungskräfte von Unternehmen sind mit dem kulturellen Angebot an ihren jeweiligen Standorten zufrieden

Rang	Stadt	Prozent
1	Weimar	100
2	München	98
2	Dresden	98
2	Erfurt	98
2	Hamburg	98
106	Flensburg	48
107	Emden	46
108	Neumünster	46
109	Kaufbeuren	44
110	Rostock	35

Befragung von 5.500 Unternehmen in 110 kreisfreien Städten von Dezember 2013 bis Januar 2014
Quelle: IW Consult

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 40 - Foto: WerbePapst - Fotolia.com

zu. Alle zwei Jahre bietet die Reihe „Begegnungen“ zudem Einblicke in die Kultur anderer Länder – 2014 steht die Türkei im Fokus.

Dass die Stadt all dies auf die Beine stellen kann, verdankt sie unter anderem ihrer wirtschaftlichen Dynamik (vgl. iwd 50/2013) und dem Einfluss der Universität.

Weitere Informationen unter:
iwconsult.de/regional

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.